



CeGE - Centrum für Globalisierung
und Europäisierung der Wirtschaft,
Georg-August-Universität Göttingen

CeGE- report

Februar 2005

„Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland“

Ist der rückläufige Bierkonsum die Ursache des trendmäßig sinkenden deutschen Wirtschaftswachstums? Auch wenn die gleichläufige Entwicklung der beiden Größen einen Zusammenhang vermuten lassen könnte, ist die Wirklichkeit doch etwas differenzierter: So umfasst das Jahresgutachten 2004 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage rund 1100 Seiten zur Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Deutschland!

Deutlich fokussiert gestaltete sich der Vortrag am 9. Dezember 2004 von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Mitglied im Sachverständigenrat, Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Mannheim. Im Rahmen einer Festveranstaltung des Ibero-Amerika Instituts für Wirtschaftsforschung (IAI) und des Centrums für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft (**CeGE**) hielt er einen öffentlichen Vortrag zum Thema „Eine Agenda für mehr Wachstum und Beschäftigung – das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrates.“

Franz wendete sich dabei vor allem zwei Aspekten des Gutachtens „Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland“ zu – der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und den Perspektiven des Arbeitsmarktes vor dem Hintergrund von Hartz IV.

Franz vertrat den Standpunkt, dass die ökonomischen Probleme Deutschlands nicht vorwiegend auf konjunkturelle Nachfrageschwankungen, sondern auf ein langfristig zu schwaches Wachstum des Produktionspotenzials zurückzuführen seien. Weiterhin wies er auf die Problematik hin, dass der Konsum im Inland nach wie vor stagniert, während der Export aktuell der wichtigste Motor der konjunkturellen Erholung ist.

Die Tatsache, dass Deutschland beim Güterexport wieder zum „Weltmeister“ aufgestiegen ist, wird oft als Zeichen hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit angesehen. Das Gegenargument lautet, Deutschland sei lediglich eine „Basarökonomie“, in der im Wesentlichen importierte Vorleistungen zusammengefügt und wieder exportiert würden – die eigentliche Wertschöpfung finde im Ausland statt. Franz vertritt in dieser Debatte den Standpunkt, dass zwar der Anteil der inländischen Wertschöp-



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

fung an den deutschen Exporten rückläufig sei – was in einer zunehmend arbeitsteiligen Weltwirtschaft auch nicht verwunderlich – die hohen deutschen Exporterfolge aber die inländische Wertschöpfung insgesamt erhöhen.

Bezüglich des Arbeitsmarktes diskutierte Franz die Einführung des Arbeitslosengeldes II und die Option einer möglichen Arbeitszeitverlängerung: Obwohl das Arbeitslosengeld II eine beschäftigungsfreundliche Mindesteinkommenssicherung darstelle, bleibe das Problem, dass zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind. Bei einer Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich sei netto zwar nur mit weniger Neueinstellungen zu rechnen, doch könnten hierdurch bestehende Arbeitsplätze abgesichert werden.

Mit seinem äußerst engagierten Vortrag begeisterte Franz die Zuhörer im überfüllten Hörsaal. Die sich anschließende rege Diskussion zwischen dem Referenten und den Studierenden wurde zum Schluss bei Sekt und Brezeln fortgesetzt.

Susanne Lechner, **CeGE**

Inhalt:

Erfolge im Inland – Herausforderungen im Ausland	S. 1
Kommentar: Entwicklungsziele der Staatengemeinschaft: Zeit für Entscheidungen	S. 2
Kommentar: Die Türkei und die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union	S. 3
CeGE -Intern	S. 4

Kommentar

Entwicklungsziele der Staatengemeinschaft: Zeit für Entscheidungen

Beim Milleniumsgipfel in New York im Jahre 2000 beschlossen 150 Staats- und Regierungschefs acht Entwicklungsziele, für deren Erreichung sich die Staatengemeinschaft in den nächsten Jahren einsetzen wird. Dieses Jahr wird eine erste Zwischenbilanz gezogen, um den Stand der Implementierung zu bewerten und weitere Schritte zu planen.

Die Bilanz wird gemischt aussehen. Vor allem in Ostasien und Südasien, aber auch in Teilen Lateinamerikas und des Mittleren Ostens hat es große Fortschritte gegeben, so dass diese Länder bei jetzigen Trends viele der Ziele erreichen werden. Im Fall von Ostasien ist das Armutsziel heute schon erreicht. Diese Fortschritte sind hauptsächlich auf hohes Wachstum und große Investitionen in Bildung und Gesundheit der Länder zurückzuführen. Der Beitrag der Entwicklungshilfe war mit weniger als 1% der BIP dieser Länder gering. Allerdings gibt es Regionen, bei denen sich kaum Erfolge zeigten, bzw. die Indikatoren sich verschlechtert haben. Vor allem in Afrika südlich der Sahara hat es kaum Fortschritte und in Zentralasien sogar Rückschritte gegeben. Trotz erheblicher Entwicklungshilfe konnten diese Trends nicht verhindert werden.

Die Millenniumsziele der Staatengemeinschaft

Ausgehend vom Basisjahr 1990 wird angestrebt:

1. den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, bis 2015 zu halbieren
2. allen Kindern bis 2015 eine Grundschulausbildung zu ermöglichen
3. die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen zu fördern, besonders im Bereich der Ausbildung (Gleichheit der Einschulungsquoten bei Primär- und Sekundärbildung bis 2005)
4. die Kindersterblichkeit bis 2015 um zwei Drittel zu verringern
5. die Gesundheit der Mütter zu verbessern und Müttersterblichkeit bis 2015 um 75% zu verringern
6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten zu bekämpfen und deren Ausbreitung bis 2015 zu stoppen
7. den Schutz der Umwelt zu verbessern
8. eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufzubauen.

Wie man die Ziele in diesen Regionen erreichen kann, wird gegenwärtig kontrovers diskutiert. Der Ökonom Jeffrey Sachs hat, im Auftrag der Vereinten Nationen, kürzlich den länderspezifischen Investitionsbedarf für die Erreichung der Millenniumsziele berechnet und fordert nun, dass nationale Regierungen und internationale Partner dieses Investitionsprogramm umsetzen. Die internationale Staatengemeinschaft sollte als ihren Beitrag die Entwicklungshilfe verdoppeln (auf ca. 120 Mrd. \$ pro Jahr). Als Anteil des BIP der Geberländer wäre das trotzdem nur ca. 0.5%; immer noch weniger als das von allen Ländern akzeptierte Ziel von 0.7%. Diese Mittel sollten anfangs bevorzugt in Ländern mit guter Regierungsführung und zudem für Investitionen mit hoher Rendite im Bildungs- und Gesundheitssektor (z.B. Moskitonetze zur Malariaabwehr, Aufhebung von Gebühren für die Grundschule und grundlegende Gesundheitsversorgung) eingesetzt werden. Darüber hinaus sollen Industrieländer ihre Märkte im Rahmen der Doha-Runde für Entwicklungsländer weiter öffnen. Die Zeichen für solch ein ambitioniertes Programm der substantiellen Erhöhung der Entwicklungshilfe sind günstig. Die USA hat nach den Anschlägen



Prof. Stephan Klasen, Ph.D.

des 11. Septembers die Entwicklungshilfe um 50% erhöht und zusätzlich neue Mittel für die AIDS-Bekämpfung bereitgestellt. England, Frankreich und Deutschland haben kürzlich neue (unterschiedliche) Vorschläge zur substantiellen Erhöhung der Entwicklungshilfe gemacht, die beim G-8 Gipfel im Sommer diskutiert werden.

Allerdings ist es fraglich, ob mehr Geld alleine die Probleme in den Ländern mit stagnierenden Trends überwinden wird. Zum einen sind viele dieser Länder durch Konflikte und Kriege zerrüttet und werden nicht in der Lage sein, ein solches Investitionsprogramm durchzuführen. Einige der vergessenen Konflikte in Afrika ließen sich mit begrenzten militärischen Mitteln leicht befrieden, und ein solches Engagement wäre für die Erreichung der Entwicklungsziele sicherlich wichtiger als mehr Geld. Zum anderen wird die Entwicklung in manchen Ländern durch verfehlte Wirtschaftspolitik und schlechte Regierungsführung behindert, zu deren Lösung auch eher politisches Engagement gefordert ist. Schließlich stellt sich die Frage, ob Nebeneffekte von erhöhter internationaler Hilfe (z.B. Aufwertung der Währung, Erhöhung der Staatsquote) manchmal den erwünschten Effekt konterkarieren werden. Hier sollten innovative Finanzierungsmechanismen (z.B. Entwicklungshilfe in einheimischer Währung) geprüft werden.

Darüber hinaus wird multilaterale Handelsliberalisierung allein die Exportprobleme besonders armer Länder nicht lösen, sondern im Zweifel verschärfen, da ihre gegenwärtigen Präferenzen im Zugang zu Märkten im Zuge der Liberalisierung verringert würden. Auch hier sollten innovative Mechanismen (z.B. Importsubventionen für Produkte besonders armer Länder) entwickelt werden.

Durch die Millenniumsziele ist viel Bewegung in die internationale Debatte über Entwicklungszusammenarbeit gekommen. Jetzt kommt es darauf an, dass diese Debatten und Vorschläge in konkrete Politikmaßnahmen umgesetzt werden. Eine Kombination aus erhöhter Entwicklungshilfe, mehr politischem und friedensschaffendem Engagement sowie innovativen Instrumenten der Handelspolitik könnten einen großen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele leisten.

Prof. Stephan Klasen Ph.D., *cege*

Kommentar

Die Türkei und die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union

Am 17. Dezember hat der Europäische Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschlossen. Das Für und Wider einer türkischen Mitgliedschaft in der EU wird auf mehreren Ebenen kontrovers diskutiert. Neben übergeordneten geopolitischen und soziokulturellen Überlegungen spielt vor allem die Agrarpolitik eine wichtige Rolle in der aktuellen Diskussion. Denn die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU – ohnehin teuer, umstritten und Gegenstand umfassender Reformbemühungen der letzten Jahre – würde sich durch einen Beitritt der Türkei, aufgrund der besonderen Strukturen sowie der Größe und Bedeutung des Agrarsektors in diesem Land, vor die wahrscheinlich größten Herausforderung ihrer Geschichte gestellt sehen.

Würde die Türkei der EU heute beitreten, so würde die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung der EU-25 auf ein Schlag um zwei Drittel zunehmen (s. Übersicht). Die Türkei brächte im Vergleich mit den 10 neuen Mitgliedsländern (NML-10) in Mittel- und Osteuropa, die am 1. Mai 2004 beigetreten sind, eine etwa gleich große Fläche und 85% mehr landwirtschaftlich Beschäftigte mit in die EU. Dabei sind die landwirtschaftlichen Betriebe in der Türkei überwiegend klein und international nicht wettbewerbsfähig. Mehrere Tierseuchen, die in West- und Nordeuropa als effektiv beseitigt gelten, sind in der Türkei nach wie vor endemisch; in den Bereichen des Tierschutzes und der Lebensmittelsicherheit herrschen niedrigere Standards als in der EU.

Übersicht: Vergleich wichtiger Kennzahlen der Türkei, der EU-15 und der zehn neuen EU-Mitgliedsländer (NML-10)

Kennzahl	Türkei	EU-15	NML-10
Bevölkerung (Mio.)	70,7	382,2	74,3
Gesamtfläche (Tsd. km²)	781	3.240	739
BIP/Kopf (€)	3.040	24.260	5.900
Beschäftigung in der LWS (Mio.)	7,2	6,9	3,9
Anteil LWS an Beschäftigung (%)	33,9	4,0	13,4
Anteil LWS am BIP (%)	11,5	1,9	3,1

Angaben für 2002 bzw. 2003. Quelle: Europäische Kommission, Statistisches Bundesamt.

Somit ergäbe sich als Folge eines EU-Beitritts ein erheblicher Anpassungsbedarf in der Türkei gekoppelt mit einem entsprechenden Finanzierungsbedarf seitens der EU. Einer Studie der Universität Wageningen zu Folge könnte die Türkei mit EU-Ausgaben in Höhe von ca. 7,2 Mrd. € für die sog. 'erste Säule' der GAP rechnen – 3,6 Mrd. € für traditionelle markt- und preispolitische Maßnahmen wie die staatlichen Interventionskäufe, und 3,6 Mrd. € für die entkoppelten Hektarbeihilfen, die EU-Landwirte erhalten. Im Rahmen der 'zweiten Säule' der GAP (Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raumes) würde die Türkei voraussichtlich weitere 1,6 Mrd. € erhalten. Der Finanzbedarf für Maßnahmen im Rahmen der EU-Struktur- und Kohäsionspolitik in der Türkei wird auf 9,5 bis 16,6 Mrd. € geschätzt. Da das BIP pro Kopf in der Türkei lediglich ein Achtel bzw. etwas mehr als die Hälfte dessen beträgt, was in der EU-15 bzw. den 10 neuen Mitgliedsländern erwirtschaftet wird, würde die Türkei auf der Einnahmenseite vergleichsweise



Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel

wenig zum EU-Haushalt beitragen. Insgesamt rechnen die Forscher aus Wageningen mit einer Nettobelastung des EU-Budgets von jährlich 11 bis 18 Mrd. €.

Allerdings fußen diese Berechnungen auf zwei wichtigen Annahmen: Zum einen wird von einem EU-Beitritt der Türkei im Jahre 2015 ausgegangen. Zum anderen wird von der Übertragung einer größtenteils unveränderten GAP ausgegangen. Vor dem Hintergrund des Reformtempos der letzten Jahre einerseits und des weiterhin vorhandenen Reformdrucks auf die GAP andererseits erscheint insbesondere diese zweite Annahme unrealistisch. Allein die Aussicht eines Beitritts der Türkei wird den Druck spürbar erhöhen, weitere Reformen der GAP durchzuführen. Ferner zeigt die Erfahrung mit dem Beitritt der NML-10 im Mai letzten Jahres, dass lange Übergangsphasen genutzt werden können, um den sofortigen Finanzierungsbedarf zu reduzieren und um Zeit für die politische Konsenssuche zu gewinnen. So erhalten Landwirte in den Beitrittsländern zunächst nur 25% der Hektarbeihilfen, die in der EU-15 ausgezahlt werden; erst 2013 wird dieser Anteil auf 100% gestiegen sein.

Am 22. Januar dieses Jahres hatte ich die Gelegenheit, den türkischen Minister für Landwirtschaft und ländliche Angelegenheiten, Dr. Sami Güçlü, im Rahmen einer von mir geleiteten Podiumsdiskussion anlässlich der Grünen Woche in Berlin über die Herausforderungen eines EU-Beitritts für die Landwirtschaft in seinem Land zu befragen. Herr Güçlü sprach davon, dass 60 bis 70% der landwirtschaftlichen Betriebe zu klein seien, um unter EU-Bedingungen konkurrenzfähig zu sein. Daher müsse es noch in den Jahren bis zu einem EU-Beitritt zu vielen Betriebsaufgaben und –zusammenschlüssen kommen. Er sprach auch von der Aufgabe, die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel in seinem Land zu verbessern. Er betonte aber auch, dass die Bewältigung dieser Herausforderungen kein ausschließlich türkisches Problem sei, sondern gemeinsam mit Unterstützung der EU – wie dies z.B. für die NML-10 im Rahmen des sog. 'Pre-Accession Aid' stattgefunden hat – erfolgen müsse.

Ob und wann es zu einem EU-Beitritt der Türkei kommen wird, ist nicht genau abzusehen. Sicher ist allerdings, dass der Beitrittsprozess zu Umwälzungen nicht nur in der türkischen Landwirtschaft, sondern auch in der GAP führen wird.

Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel, *cege*

CeGE-Intern:

Neue Diskussionspapiere

- Auf der **CeGE**-Homepage liegen drei neue **CeGE**-Diskussionspapiere zum Download bereit. In Beitrag Nr. 37 beschäftigt sich **Thiess Büttner** mit „The Incentive Effect of Fiscal Equalization Transfers on Tax Policy“. **Philipp Bauer & Regina T. Riphahn** diskutieren in Beitrag Nr. 38 „Heterogeneity in the Intergenerational Transmission of Educational Attainment: Evidence from Switzerland on Natives and Second Generation Immigrants“. Untersuchungsgegenstand in Beitrag Nr. 39 ist „The Impact of the Multifiber Agreement Phaseout on Unemployment in Tunisia: a Prospective Dynamic Analysis“, dargestellt von **Mohamed A. Marouani**.

CeGE-Schriften

- In der Reihe der **CeGE** Schriften sind die Bände 10 und 11 erschienen: **Götz Zeddies**: „Perspektiven der Gemeinschaftspolitik in der erweiterten EU“. **Ingmar Kumpmann**: „Systemwettbewerb und Umverteilung“.

Gäste am CeGE

- Im Wintersemester 2004/05 war Dr. **Paula Lorgelly**, Lecturer an der University of East Anglia, im Rahmen des Maria-Goeppert-Programms am **CeGE** als Gastprofessorin tätig. Dr. Lorgelly konzentriert sich in Forschung und Lehre sowohl auf Gesundheitsökonomik als auch auf Fragen von geschlechtsspezifischer Ungleichheit in Entwicklungsländern. Während ihres Aufenthaltes bot sie drei Lehrveranstaltungen in Health Economics, Gender and Development und Economics of Gender an. Die Veranstaltungen fanden regen Anklang und haben einen weiteren Beitrag zur Internationalisierung der Fakultät geleistet. Sie präsentierte weiterhin ihre Forschungsergebnisse in mehreren Veranstaltungen der Universität, die sich mit Gender-Fragen auseinandersetzten. Darüber hinaus wurde eine Forschungsk Kooperation mit Stephan Klasen zum Thema „Auswirkungen von geschlechtsspezifischer Ungleichheit auf wirtschaftliche Entwicklung“ begonnen, die in den kommenden Monaten zu ersten Ergebnissen führen wird.

Sonstiges

- Prof. **Stephan Klasen**, Ph.D. hielt am 27.01.2005 seine Antrittsvorlesung zum Thema: „Geschlechtsspezifische Ungleichheit und wirtschaftliche Entwicklung: Wechselwirkungen und Zusammenhänge“.
- Im Sommersemester veranstaltet das **CeGE** erneut ein **Forschungskolloquium** mit in- und ausländischen Referenten. Das Programm ist ab April auf unserer Homepage abrufbar.
- **Vorankündigung**: Am 10. Juni wird das **CeGE** ein ganztägiges **Symposium** zum Thema „**Globalisierung in kritischer Diskussion**“ durchführen. Das Programm finden Sie ab April auf unserer Homepage unter „Veranstaltungen“.

Impressum:

Herausgeber: Centrum für Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft, Georg-August-Universität Göttingen, Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen
Email: cege@uni-goettingen.de, Tel. 0551 / 39 70 91, Fax 0551 / 39 70 93, Geschäftsführende Direktorin: Prof. Dr. Renate Ohr, Web-Site: www.cege.wiso.uni-goettingen.de

Redaktion: Prof. Dr. Renate Ohr

Layout: Susanne Lechner **Druck:** GWDG, Göttingen

Studiengang Internationale Wirtschaft

- Für den vom **CeGE** betreuten volkswirtschaftlichen Master-Studiengang „Internationale Wirtschaft“ wurden zum Sommersemester 2005 31 von 49 Bewerber/innen zugelassen, dabei 7 von 15 ausländischen Bewerber/innen.

Neue Forschungsergebnisse

- **Susanne Lechner**, Mitarbeiterin am **CeGE**, untersuchte im Rahmen ihrer Masterarbeit die **ökonomischen Wirkungen von internationalen Großereignissen am Beispiel der Olympischen Spiele** und berücksichtigte dabei insbesondere die Spiele in Athen 2004. Zu diesem Zwecke verbrachte sie ihr Auslandssemester in Griechenland und studierte an der Athens University of Economics and Business. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf den gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, die von den Olympischen Spielen auf die Olympiastadt und ihr Land ausgehen. Diese Effekte bestimmen letztendlich den wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg der Spiele und beeinflussen damit die Anzahl potentieller Bewerber für kommende Spiele. Zu den erwünschten Effekten von Olympischen Spielen gehören insbesondere Infrastrukturverbesserungen, die Wirtschaftsimpulse generieren, welche sich in erhöhter Produktivität, Einkommenssteigerung und einer kurzfristig höheren Beschäftigung äußern werden. Eine erfolgreiche Durchführung der Spiele verbessert das Image der Olympiastadt nachhaltig, was sich wiederum auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes auswirkt. Die Austragung der Olympischen Spiele beinhaltet jedoch auch Risiken in sich: Die hohen Kosten der Spiele, die sich auf fast 9 Mill. Euro belaufen, trieben die Staatsverschuldung in die Höhe, so dass Griechenland erneut gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstieß.

7. Workshop

„Internationale Wirtschaftsbeziehungen“

7. bis 9. April 2005

Der Göttinger Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“, organisiert und geleitet von Prof. Gerhard Rübel und Dr. Carsten Eckel, verfolgt das Ziel, deutschsprachigen Wirtschaftswissenschaftlern eine Plattform zu bieten, um ihre aktuellen Forschungsergebnisse aus dem Gebiet der Außenwirtschaftstheorie und -politik in einem fachkundigen Kreis vorzutragen und zu diskutieren.

Mit dem Workshop soll die interinstitutionelle Zusammenarbeit gefördert und den Teilnehmern ein Überblick über neuere Entwicklungen, Problemstellungen und methodische Vorgehensweisen im Bereich internationaler Wirtschaftsbeziehungen gegeben werden. Der Workshop beinhaltet dabei zum einen ein umfassendes Angebot an aktuellen Forschungsthemen und eröffnet die Möglichkeit, Netzwerke zwischen den jungen Wirtschaftswissenschaftlern aufzubauen.

Jüngere Nachwuchswissenschaftler (Doktoranden, Post-Docs, Habilitanden u.a.) werden daher ausdrücklich ermutigt, sich an dem Workshop zu beteiligen.

Der Veranstaltungsort ist der Campus der Universität Göttingen. Nähere Informationen finden Sie unter: <http://www.vwl.wiso.uni-goettingen.de/workshop>

Diese Veranstaltung ist öffentlich!